„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
If paid in advance:
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

24. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 21. Januar 1931. 12 Seiten Nummer 12.

Gardiner und Anderson in Parlamentsdebatte

Saskatchewan-Legislatur bespricht Thronrede

Bereits 19 Redner nahmen an der Diskussion teil und behandelten alle Gebiete der provinzialen Politik

Liberaler Führer J. G. Gardiner enthüllte Unregelmäßigkeiten bei Estevan-Ersatzwahl

An der Debatte über die Thronrede haben letzte Woche in der Saskatchewan-Legislatur bereits 19 Redner teilgenommen. Nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, wird auch diese Woche noch verstreichen, bis das Haus sich mit den Hauptgeschäften der Session befassen kann. Von den „großen Parlamentariern" sind bis jetzt noch wenige in der Arena erschienen, auf Regierungsseite nur Premier Anderson und Minister Howard McConnell, auf der Seite der Opposition lediglich der liberale Führer J. G. Gardiner.

Die Debatte hatte bis jetzt nur wenig erregende Momente aufzuweisen, was wohl teilweise dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die allgemein herrschende Depression auch auf die Gemüter der Regierungs- wie Oppositionsredner drückt. Gelegentlich hat jedoch die Ersatzwahl von Estevan zu scharfen Auseinandersetzungen geführt, jedoch im allgemeinen gingen die Redner auf die Ursachen und Abwehrmittel für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ein. Dabei bemühten sich die Abgeordneten auf der Regierungsseite bei Gelegenheit, den canadischen Premierminister Bennett und seinen Handelsplan mit China gegen die Opposition zu verteidigen, während diese nachdrücklich betonte, daß eine bessere Berücksichtigung des britischen Marktes dem Experiment mit China vorzuziehen wäre.

Ein Ruhepunkt in den Debatten der letzten Woche war der Bericht, den der liberale Abgeordnete W. H. Paulson von Wynyard über seine Reise als Vertreter der Saskatchewan-Regierung

nach Island

erstattete, wohin er Anfang Sommer zum tausendjährigen Jubiläum des parlamentarischen Regierungs-Islands sich begab. Paulson's Rede bot die letzte Gelegenheit, daß der liberale Führer Herr Gardiner und der konservative Premier Anderson sich in einstimmigem Lobe auf Herrn Paulson und die Isländer in Canada zusammenfanden.

Eine einzige Rede wurde in den Parlamentsverhandlungen angeschlagen, als der Provinzial-Schatzminister Minister McConnell seinen Bericht über die Aufwertung der Gutshaben der Farmdarlehensbehörde unterbreitete. Die Verluste der Behörde belaufen sich demnach auf $1,895,123.37. Der Redner schlug zur Vermeidung ähnlicher Verluste in der Zukunft vor, alle 5 Jahre eine solche Aufwertung vorzunehmen.

Die bedeutsamste Rede der letzten Woche war die des liberalen Führers Herrn Gardiner, der in scharfer Weise Kritik übte an dem Naturwerte-Abkommen und an der elektrischen Kraft-Politik der Regierung, wobei er behauptete, die Regierung habe lediglich kostspielige Ueberlandlinien, während sie zulasse, daß die Hauptzentren in die Hände privater Elektrizitätsgesellschaften übergingen. Herr Gardiner behandelte außerdem mit sorgfältig abgewogener Kritik und unter geschickten Angriff auf die schwachen und bedenklichen Stellen der Regierungspolitik fast alle Fragen des provinzialen Lebens. Unter anderem bedauerte er es sehr lebhaft, daß in der Thronrede von der Beseitigung des „Sektarianismus" aus den Schulen der Provinz die Rede gewesen sei. In beträchtliche Verlegenheit und Verwirrung gerieten die Abgeordneten auf der Regierungsseite des Hauses, als der liberale Führer gewisse eidlich bekräftigte Aussagen („Affidavits") vorlas, worin der Beweis für Unregelmäßigkeiten und

Schiebungen bei der Ersatzwahl in Estevan

erbracht wurde.

Premier J. T. M. Anderson erwiderte ebenfalls in längerer Rede auf die Ausführungen des liberalen Führers und bemühte sich, seine Regierung gegen die Angriffe der Opposition zu verteidigen. Soweit die angeblichen Wahlschiebungen in Estevan in Frage kommen, versprach er eine gründliche Untersuchung, meinte aber, die Unregelmäßigkeiten seien das Werk von Regierungsfeindlichen. Eingehend befaßte er sich auch mit der Schulfrage, wobei er betonte, er habe bei Neuordnung der Verhältnisse von allen in Betracht kommenden Stellen die nötige Mitarbeit erhalten.

Ein weiter Punkt in der Debatte waren die Hinweise auf die Lostrennungsbewegung in Saskatchewan, wobei allgemein die außerordentlich schwierige Wirtschaftslage als Ursache dieser Bewegung hingestellt wurde.

Für spartanische Einfachheit

Berlin. — Die spartanische Einfachheit des deutschen öffentlichen Lebens ist immer noch nicht völlig erreicht, erklärte Finanzminister Hermann Dietrich vor dem Hauptausschuß der Reichstages bei der Begründung des 1931-Budgets. Er gab bekannt, daß sich das Kabinett entschlossen habe, die Beamtenschaft aller Ministerien um mindestens 10 Prozent zu verringern. „In meiner Rede vor dem Reichstag am 4. Dezember," sagte er, „schätzte ich das wehrtechnische Defizit auf 900,000,000 Mark ($225,000,000). Eine Untersuchung der Einkommensteuer- und Einkommen-Zuschlag-Art des Reiches zeigt, daß das Defizit um weitere 100,000,000 Mark fallen mag. Dies ist jedoch nur eine Schätzung."

Neuer Krieg unvermeidlich

Wenn die Staaten nicht abrüsten.

London. — Der zur Arbeiterpartei gehörende britische Parlamentsabgeordnete Commander J. M. Kenworthy erklärte bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festessen des Verbands der hiesigen amerikan. Zeitungskorrespondenten einen neuen europäischen Krieg für unvermeidlich, wenn die im nächsten Jahre abzuhaltende Abrüstungskonferenz vertagen sollte. In dieser Konferenz müsse auch die lang anhängende Streitfrage der Freiheit der Meere zwischen Großbritannien und den Ver. Staaten als den tonangebenden Seemächten zum Austrag gebracht werden, aber die Seerüstungsfrage schwebe nicht nur zwischen diesen beiden Mächten, sondern auch zwischen Frankreich und Italien und zwischen den Ver. Staaten und Japan. Seit der Washingtoner Konferenz bis einschließlich zur Londoner Flottenkonferenz habe bezüglich dieser Frage eine „Verschwörung zum Stillschweigen" bestanden, die beendet werden müsse.

Für den zukünftigen Krieg schlössen sich die Länder bereits jetzt zusammen; auf der einen Seite die Länder, welche die Abänderung der Friedensverträge fordern, auf der anderen Seite diejenigen, welche davon nichts wissen wollen.

Was die Freiheit der Meere anbetrifft, bemängelte Commander Kenworthy, daß man den zweiten der vierzehn Punkte Wilsons wieder aufleben lassen solle.

Polnische Militärflieger über deutschem Gebiet

Energischer deutscher Protest gegen Spionageversuche von polnischer Seite

Warschauer Presse heuchelt Entrüstung über „unverschämtes Lärmschlagen"

Oppeln, Schlesien. — Zwei polnische Militärflugzeuge kreisten über der Stadt, während Reichskanzler Heinrich Brüning auf seiner Fahrt durch Schlesien hier von den Stadtbehörden offiziell empfangen wurde. Bald darauf waren die beiden Flugzeuge zu einer Notlandung an der Stadtgrenze gezwungen und ihre Mannschaft wurde festgenommen.

Die Flieger erklärten beim Verhör, sie hätten in einem Schneesturm den rechten Kurs verloren, sie wurden aber festgehalten, um das Ergebnis einer Untersuchung der Anschuldigung, daß sie auf einem Spionageflug waren, abzuwarten.

Warschau. — Die polnische Presse richtete heftige Angriffe gegen Deutschland wegen des Berliner Protestes gegen das Verhalten von zwei polnischen Fliegern, die am Freitag über Oppeln kreisten, während Reichskanzler Heinrich Brüning auf seiner Schlesienreise in der Stadt empfangen wurde.

Der deutsche Protest wurde von dem deutschen Geschäftsträger überreicht, da der bisherige deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, kürzlich gestorben ist. Die Sonntagsblätter bezeichnen den deutschen Protest als ein „unverschämtes Lärmmachen, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes zu erwecken."

Die beiden polnischen Flieger erklärten bei ihrer Verhaftung, daß sie sich in einem Schneesturm verirrt hätten. Sie werden jedoch gemäß einer Untersuchung wegen Spionageverdacht einstweilen festgehalten.

Bei den Maßnahmen der deutschen Behörden wird berücksichtigt, daß Flüge polnischer Militärflieger über deutschem Gebiet keine Seltenheit sind und trotz früherer Proteste immer wieder vorkommen. Es ist behauptet worden, daß diese, unerwünschten Fliegerbesuche der Spionage dienen und die Reichsregierung ist anscheinend entschlossen, ihnen nunmehr energisch ein Ende zu setzen.

Die Warschauer Zeitungen erklären dagegen, daß viele Flieger sich in Schneestürmen verirrt haben und weisen darauf hin, daß dies auch der britischen Fliegerin Amy Johnson passierte, als sie kürzlich von Berlin nach Warschau flog.

Briands Europabund-Projekt stößt auf Widerstand

Deutschland und Italien fordern Heranziehung Rußlands u. der Türkei

Befürchtung wird laut, daß man Revision des Versailler Diktats verhindern möchte

Italiener Grandi betont, Rüstungsgleichheit sei Voraussetzung für eine Union

Genf. — Aristide Briand, der betagte französische Außenminister, sprach vor den europäischen Staatsmännern, die sich zur Beratung über eine europäische Union hier versammelt haben, und hielt ihnen vor, daß die Zeit gekommen sei, „wo wir einig werden oder sterben müssen". An die wirtschaftliche Notlage erinnernd, sagte er: „Nie vorher ist die auf Europa lastende wirtschaftliche Lage so stark in die Erscheinung getreten." Er empfahl daher die befriedigende Inaugurierung eines Bundes der europäischen Nationen.

Der deutsche Außenminister Dr. Julius Curtius betonte in seiner Ansprache, daß die Wirtschaftsprobleme Europas in den Belangen der „Vereinigten Staaten von Europa" die erste Stelle einnehmen müßten.

Briand ernannte einen Arbeitsausschuß, dem Arthur Henderson von Großbritannien, Dr. Julius Curtius von Deutschland, Dino Grandi von Italien, Paul Hymans von Belgien, der Herzog von Alba von Spanien, Nikolaus Politis von Griechenland und Beelaerts van Blokland von Holland angehören.

Die Kühlheit, mit der Ministerpräsident Mussolini von Italien dem Unionsplane gegenübersteht, wurde betont, als sein Außenminister Dino Grandi die Delegierten daran erinnerte, daß Italien immer für ein Zusammenwirken sei, „aber die Zusammensetzung der Union würde keine gleiche Behandlung für alle bedeuten, wenn Diskriminierungen dadurch entständen, daß gewisse Nationen nicht zur Teilnahme eingeladen werden."

„Europa würde dadurch in zwei Lager gespalten," sagte Grandi. „Rußland und die Türkei müssen eingeladen werden. Andere grundlegende und fundamentale Probleme legen einer europäischen Union die Notwendigkeit völliger Gleichheit in der Rüstung auf, ehe eine praktische Föderation möglich sein wird."

Das Vertrauen Briands in die Fortschritte seines Planes erfuhr keinerlei Einschränkung durch den Konflikt zwischen Deutschland und Polen über die Minoritätsfrage, die Blockierung der Marineverhandlungen zwischen Italien und Frankreich und andere störende internationale Probleme. Er meint sogar, daß diese Unstimmigkeiten zwischen einzelnen Nationen seine Argumente begünstigen, indem er darauf hinzuweisen vermag, daß derartige Differenzen bestehen bleiben würden, solange die Nationalisierung der europäischen Wirtschaft unterbleibe.

Eine weitere Opposition wird in der kühlen Haltung Englands dem Plane Briands gegenüber erblickt. Dazu kommt, daß andere Länder, so vor allem Deutschland und Italien, hinter dem Briandschen Plane die Absicht Frankreichs vermuten, eine Garantie für den Status quo Europas zu schaffen und damit zukünftige Aenderungen am Diktat von Versailles zu verhüten.

Sachsen fördert Handel mit Rußland

Dresden. — Der sächsische Landtag erklärte sich mit überwältigender Mehrheit für weitere Ausdehnung des Handels mit Sowjetrußland. Die Abstimmung betraf einen von der sächsischen Landesregierung eingereichten Antrag auf eine 50prozentige Erhöhung der staatlichen Garantie für sowjetrussische Handelskredite. Nur eine kleine Minorität stimmte gegen die Vorlage.

Die Vertreter der sächsischen Landesregierung wiesen darauf hin, daß unter der gegenwärtig auf 20,000,000 Reichsmark beschränkten Staatsgarantie insgesamt für 123,000,000 Mark russische Aufträge garantiert würden, ohne daß ein Pfennig verloren ging, und daß der Handel zwischen Rußland und Sachsen im Laufe des Jahres 1930 stetig gewachsen sei.

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit in Sachsen forderte die Regierung die Erhöhung der Staatsgarantie auf 50,000,000 Reichsmark. Nur die Mitglieder der Wirtschaftspartei, die in der Zunahme des Handels mit Rußland eine bolschewistische Gefahr wittern, stimmten gegen den Antrag.

Terror in Ostgalizien zugegeben

Polnischer Innenminister verspricht Bestrafung der Schuldigen

Ukrainischer Protest beim Völkerbund veranlaßt Skladkowski zu Eingeständnis

Warschau. — General Felician Skladkowski, der polnische Innenminister, gab in einer Sitzung des Budget-Ausschusses des Landtages zu, daß sich seit den revolutionären Unruhen in Ostgalizien im letzten Herbst 1100 Personen, darunter Universitätsstudenten, Hochschüler und Geistliche, im Gefängnis befinden.

Die Erklärung wurde in Erwiderung auf die Beschuldigungen von Terrorakten der polnischen Truppen in Galizien gemacht, die zu einem Protest des Vereinigten Nationalverbandes der Ukrainer an den Völkerbund führten.

Skladkowski erklärte, daß die ukrainischen Revolutionäre die Häuser polnischer Bauern in Brand gesetzt und die friedliche Bevölkerung in Schrecken gehalten hätten. Da die gewöhnlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung keinen Erfolg gebracht hätten, sei die Regierung zu ihrem Bedauern zu schärferen Schritten gezwungen worden. Es seien Polizei und Truppen in das betreffende Gebiet entsandt worden, die alle verdächtigen Häuser untersuchten, wobei oft auch Strohdächer abgehoben und Fußböden aufgerissen worden seien. In einigen Fällen wurden junge Ukrainer „unsanft" behandelt, sagte der Minister. Er gab den Abgeordneten jedoch die Versicherung, daß eine gründliche Untersuchung im Gange sei und daß die Schuldigen bestraft werden würden. Skladowski beschloß seinen Bericht mit der Erklärung, daß in Ostgalizien jetzt alles ruhig sei.

Der Protest des Vereinigten Nationalverbandes der Ukrainer wurde am 8. November an den Völkerbund gerichtet. In der Note wurde erklärt, daß nach verläßlichen Berichten Tausende von Ukrainern an den Folgen von Mißhandlungen durch die polnische Soldateska eines qualvollen Todes gestorben seien. Es wurde weiter gemeldet, daß in wenigen Wochen 700 Dörfer zerstört worden seien, und daß die obdachlosen Bauern an den Landstraßen betteln gehen müßten.

Arbeitslose werden nicht deportiert

Washington. — Von dem amerikanischen Einwanderungskommissar Hull wurde die Versicherung abgegeben, daß Ausländer, die sich in Not befinden, nicht zur befürchten haben, deportiert zu werden, wenn sie um Unterstützung nachsuchen.

Diese ausdrückliche Versicherung gab der Kommissar in einem Briefe an den Repräsentanten Stafford von Wisconsin, der dem Kommissar mitgeteilt hatte, daß viele Familien in seinem Bezirk, die von der Arbeitslosigkeit hart getroffen wurden, aus Furcht, deportiert zu werden, die Behörden nicht um Hilfe angegangen haben.

„Wo Arbeitsmangel der einzige Grund ist, daß die Ausländer in Not geraten, so werden sie keine Gefahr laufen, deportiert zu werden, wenn sie Hilfe wohltätiger Stellen in Anspruch nehmen," bemerkte der amerikanische Kommissar.

— Norwegen erzielt aus dem Walfischfang ein jährliches Einkommen von über $15,000,000.

Canadisch-französische Spannung

Frankreich bezieht seinen Weizen lieber aus europäischen Ländern

Doch bestehen Bedenken hinsichtlich des französischen Weinschmuggels nach den Ver. Staaten über Canada

Paris. — Bei den französisch-canadischen Handels-Verhandlungen befindet sich die französische Regierung insofern in einer schwierigen Lage, als von der canadischen Regierung eine verhüllte Drohung ausging, daß die französischen Weinimporte nach Canada einer strengeren Kontrolle unterzogen würden, wenn Frankreich nicht die Einfuhr von mehr canadischem Weizen gestatte. Frankreich macht sich zwar keine Sorge über den Weinhandel mit Canada selbst, da dieser Markt nicht bedroht ist, befürchtet aber, daß die ungesetzliche Einfuhr französischer Weine nach den Vereinigten Staaten auf dem Umweg über Canada unterbunden werden könnte.

Die canadische Regierung erwähnte natürlich diese Möglichkeit nicht direkt, da offiziell und soweit die französisch-canadischen Verhandlungen in Betracht kommen, kein Wein nach den Vereinigten Staaten geht. Man weiß jedoch, daß die canadische Regierung alle Hebel in Bewegung setzt, um die Franzosen zur Erhöhung ihrer Weizenkäufe von Canada zu bewegen. Die französische Regierung ist hauptsächlich deswegen in Verlegenheit, weil sie beabsichtigte, den Weizen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen hauptsächlich aus mitteleuropäischen Ländern einzuführen.

Baldwin verlor Vermögen

Birmingham, England. — Der frühere Premierminister Stanley Baldwin gab zu verstehen, daß ein großer Teil seines Privatvermögens verloren ist, weil er es im Brüssler Eisenhandel stecken hatte. Aktien, die einen Wert von drei Pfund (ungefähr $14.60) hatten, als er im Jahre 1923 Premierminister wurde, sind heute 20 Pence (ungefähr 40 Cents) wert, wie er erklärte.

Hindenburg griff ein

Berlin. — Auf Grund des Artikels 43 der Reichsverfassung, der sogenannten diktatorischen Klausel, griff Präsident von Hindenburg in den Kohlenarbeiterstreit ein, der drohte, eine Stillegung des Förderbetriebes im Ruhrgebiet hervorzurufen, indem er eine Notverordnung unterzeichnete, wodurch der Regierungs-Schlichtungsausschuß mit größerer Macht ausgestattet wurde.

Wo die Natur den Menschen überwältigt

Die Besucher des Jasper National Park im Herzen der canadischen Rocky Mountains können noch unberührte Natur genießen. Dieser schöne Landstrich ist eine Wiege des Lebens. Seen durchziehen das Land und türmen den Fels gen Himmel. Aus dem Chaos kommen die herrlichen Gipfel, die dem Eis und der Zeit trotzen; ihre wilde Schönheit zieht tausende von Besuchern unwiderstehlich an. Kein Wunder, wenn der einfache Sterbliche staunend steht und die Majestät der Berge auf sich wirken läßt. Unser Bild zeigt den Maligne-See mit seinen von Bergen umschlossenen Wasser. C.N.R.-Photo.

120 Verletzte beim Skisport

Wien. — Beim Schneeschuhsport in der Umgebung von Wien haben 120 Männer und Frauen am Sonntag, den 11. Jan., Brüche von Beinen, Armen, Fingern und Fußknöcheln erlitten. Ein schnell eingerichtetes Nothospital bot einen Anblick, als ob man sich auf einem Verbandsplatz nahe einem Schlachtfelde befinde. Bei der Sportspflege in ganz Oesterreich wurden 100 andere Unfälle gemeldet. Eine plötzliche Eisbildung über der Schneedecke war die Ursache der ungewöhnlich großen Zahl von Unfällen.